

23. Oktober 2007

www.kas.dewww.kas.de/prag

Wer kandidiert gegen Klaus?

Zwischenfazit nach 10 Monaten Regierung Topolanek – Schluministerin Kuchtova tritt zurück – Beckstein zu historischem Besuch in Prag

Wer macht den schwarzen Peter?

Ganz Tschechien widmet sich seit dem Sommer mit Schmunzeln einer Frage: Wer zieht den schwarzen Peter und tritt im Februar 2008 gegen Vaclav Klaus bei den Präsidentschaftswahlen an? Viele scheinen sich nicht um diese „Chance“ zu reißen, denn den politischen Parteien gehen zunehmend die Kandidaten aus.

Die einzige Partei, die sich mit Amtsinhaber Václav Klaus bereits festgelegt hat, ist die Bürgerliche Demokratische Partei (ODS). Die anderen im Parlament vertretenen Parteien befinden sich noch in einem Sondierungsprozess. Die ODS versucht, ihre kleineren Regierungspartner (Christdemokraten KDU-ČSL, Grünen) dazu zu verpflichten, die



Wiederwahl von **Václav Klaus** zum Staatspräsidenten zu unterstützen. Während die Grünen klar für einen personellen Wechsel auf der Prager Burg eintreten, sind die Präferenzen

bei der KDU-ČSL unterschiedlich. Bisher konnten aber weder die Grünen mit dem von ihnen ins Spiel gebrachten Ökonomen Jan Švejnar, noch die Christdemokraten einen Kandidaten präsentieren, der eine realistische Chance hätte, Václav Klaus im Amt abzulösen. Und so scheitert das Vorhaben an der Existenz eines geeigneten Herausforderers.

Klaus braucht in der Wahl die Mehrheit der gemeinsamen Versammlung beider Kam-

ern. Das sind 141 Stimmen von insgesamt 281 Abgeordneten und Senatoren. Die ODS verfügt über 84 Abgeordnete und 41 Senatoren. Es fehlen ihr also noch 16 Stimmen. Unklar ist, woher diese kommen sollen. Von den Sozialdemokraten (CSSD) sicher nicht. Auch die Grünen und die Christdemokraten sind nicht wirklich begeistert von Klaus' Amtsführung, sind aber Bestandteil der Koalition. Selbst in der ODS sind mindestens 10 bis 15 Stimmberechtigte erbitterte Klaus-Gegner. Die gegenseitige Aversion des Präsidenten und des Ministerpräsidenten ist bekannt. Die beiden vermeiden derzeit gegenseitige öffentliche Kritik. Bleiben die Kommunisten. Falls es den Gegnern gelingt, eine Kandidaten zu stellen, könnte sich wiederholen, was bereits im Jahr 2003 geschah: Klaus wird mit den Stimmen der Kommunisten gewählt. Diese wiederum wählten ihn, um Andere zu verhindern.

Die Christdemokraten schlugen zwar bereits einige Kandidaten vor, doch diese nahmen die Kandidatur entweder nicht an oder es mehrten sich Gegenstimmen. So weigerte sich der ehemalige Senatspräsident Petr Pithart, „anzutreten, nur um eine deutliche Niederlage zu kassieren“. Der ehemalige tschechoslowakische Außenminister und Dissident

Jiří Dienstbier, den die Sozialdemokraten (CSSD)



ins Gespräch brachten, fand wiederum nicht die Unterstützung des Parteivorsitzenden und Ministers für Regionalentwicklung, Jiří Čunek.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TSCHECHIEN

DR. STEFAN GEHROLD

23. Oktober 2007

www.kas.de

www.kas.de/prag

Ein anderer, sehr häufig diskutierter Kandidat ist der Vorsitzende der Akademie der Wissenschaften, Václav Pačes. Dieser wird auch von den Grünen favorisiert. Selbst Jiří Paroubek, Chef der Sozialdemokraten (ČSSD), zeigte sich angetan von einer Kandidatur Pačes'.

Die Sozialdemokraten selbst bemühen sich seit langem, eine parteiübergreifende Anti-Klaus-Koalition zu schmieden, um die Wiederwahl des Amtsinhabers zu verhindern. Bisher allerdings ebenfalls nicht zuletzt mangels geeigneter Kandidaten erfolglos. In den Medien wird seit Kurzem die ehemalige Schulministerin Petra Buzková als eine mögliche Kandidatin der ČSSD erwähnt.

Laut einer Meinungsumfrage der Tageszeitung Lidové Noviny sind die Tschechen in der Frage gespalten. 50 Prozent der Befragten wollen Amtsinhaber Václav Klaus auch weiterhin auf der Burg sehen. Genauso viele sprechen sich allerdings dagegen aus. Deutlich ist: Vaclav Klaus polarisiert. Befürworter und Kritiker sind in ihren Wortmeldungen scharf.

Auch die Frage der direkten Präsidentenwahl wurde in den Parteien viel diskutiert. Der tschechische Premier und Parteichef der



Bürgerdemokraten (ODS), **Mirek Topolánek**, sieht keinen Grund dafür, anstelle einer indirekten Präsi-

dentenwahl die direkte Wahl einzuführen. „Die bisherige indirekte Wahl des Staatsoberhauptes ist nicht weniger demokratisch als eine Wahl, bei der die Bürger selbst den Staatspräsidenten wählen“, so Topolánek. Die Vorsitzenden der beiden kleineren Regierungsparteien, der Christdemokraten (KDU-CSL) und der Grünen, sowie der Parteichef der oppositionellen Sozialdemokraten (ČSSD), sprachen sich klar für eine direkte Präsidentenwahl nach slowakischem Vorbild aus. Die Einführung der direkten Präsidentenwahl würde keine grundlegende Verfassungsänderung bedeuten, sagte der Christdemokrat Cyril Svoboda. Die Kommunistische Partei hat sich nicht geäußert.

Die Suche nach einem Gegenkandidaten zu Klaus wird fortgesetzt. Klaus selbst zeigt sich optimistisch und nutzt jede Gelegenheit, um seinen strategischen Vorteil von der Burg aus im Sinne seiner Wiederwahl zu nutzen. Derzeit ist nicht davon auszugehen, dass seine Wiederwahl gefährdet ist.

Topolánek Regierung weiter stabil

Nach knapp 10 Monaten Regierungsarbeit des Kabinetts Topolánek ist es Zeit für ein Zwischenfazit: Es dauerte nahezu ein halbes Jahr, bis sich im Januar eine Mehrheit für die jetzige Topolánek-Regierung fand. Dann stützt sich diese auch noch auf zwei Abweichler aus den Reihen der Sozialdemokraten und besteht aus drei nicht immer übereinstimmenden Parteien. Und dennoch ist die Regierung überraschend tatkräftig und stabil. In der Vergangenheit hatten sich tschechische Regierungen durch eine Vielzahl personeller Veränderungen im Kabinett ausgezeichnet – dies war in der jetzigen Regierung nicht der Fall. Doch muss kritisch angemerkt sein, dass sich Topolánek gerade aufgrund der engen Mehrheiten und der Abhängigkeit von jeder Stimme des Öfteren unüberwindbaren Zwängen ausgesetzt sah. So zögerte er in der Korruptionsaffäre um den Regionalminister **Jiří Čunek** (KDU-ČSL) lange mit einem Machtwort. Die Christdemokraten drohten mit einem Rückzug aus der Koalition. Die unbedingte Regierungsdisziplin legte dem Premier immer wieder ähnliche Fesseln an. Im Übrigen scheint sich aber Čunek's Beharrlichkeit in dieser Angelegenheit auszuzahlen: Die Diskussion läuft sich tot. Čunek sitzt fest im Sattel. Vielleicht ist der Fall Čunek auch ein Beispiel dafür, dass das beharrliche Ignorieren von Rücktrittsforderungen bei nicht klar erwiesenen Missgriffen durchaus erfolgreich sein kann.



Es hat den Anschein: Die radikale Finanzreform mit der Einführung eines einheitlichen Einkommenssteuersatzes von 15 Prozent – damit liegt Tschechien deutlich unter den 19

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TSCHECHIEN

DR. STEFAN GEHROLD

23. Oktober 2007

www.kas.de

www.kas.de/prag

Prozent in der Slowakei – konnte gerade aufgrund der engen Mehrheiten durchgesetzt werden. Allen Beteiligten war klar, dass bei einem Scheitern der Reform auch die Koalition gefährdet wäre. Topolanek kündigte für den Fall einer Ablehnung der Steuerreform Neuwahlen an. Dieser Druck brachte die verschiedenen Flügel an einen Tisch. Vorgelegt wurde ein Kompromisspaket, mit dem auch die Topolanek-kritische



ODS-Gruppe um den ehemaligen Finanzminister **Vlastimil Tlustý** besänftigt werden konnte. Dieser hatte sogar eine Absenkung auf 12 Prozent gefordert.

Verwirrung um Kuchtova

Trotz der insgesamt erstaunlich großen Stabilität der Regierung musste Premier Mirek Topolanek im Oktober ein Rücktrittsgesuch



unterzeichnen. Die grüne Schulministerin **Dana Kuchtová** legte am 3. Oktober ihr Amt nieder. Hintergrund war die offensichtliche Unfähigkeit der tschechischen Regierung, die für die Tschechische Republik bereit stehenden EU-Fördermittel abzurufen. Wegen der entstandenen politischen Spannungen habe sie keinen Spielraum mehr, die Situation in ihrem Ressort zu lösen, so Kuchtova gegenüber den Medien. Das Vorgehen der Schulministerin hatten in jüngster Zeit Premier Mirek Topolánek und die Vorsitzende der christdemokratischen Fraktion Michaela Sojdrová wiederholt kritisiert.

Zum einen waren die Vorwürfe technischer Natur: Die Mittel aus dem EU-Programm „Entwicklung und Forschung“ waren nicht abgesichert. Es drohte allein im Jahr 2008 der Verlust von EU-Fördermitteln in Höhe von fast 2,5 Milliarden Euro. Kuchtová, die seit dem Antritt Topolaneks im Januar 2007 in Amt war, geriet aber auch für die Wahl eines ihrer Staatssekretäre, Jaromír Soukup, ins Kreuzfeuer. Der Unternehmer und

Besitzer der Medien-Agentur Médea provozierte z. B. den Abgang des anderen Staatssekretärs, Marek Mora (Alt-Stipendiat der KAS), der für die Abrufung der Mittel aus den Strukturfonds verantwortlich war, später auch den Rücktritt Pavel Komáreks, dem Staatssekretär für Forschung und Hochschulwesen. Kuchtová hatte die Arbeit von Soukup immer wieder gedeckt und musste dafür heftigen Gegenwind in Kauf nehmen.

Die Bilanz der Ministerin war dabei aber nach einem halben Jahr alles andere als gut: Die Schulreform hatte sie geerbt und nicht viel weiter gebracht. Insgesamt überschatteten persönliche Fehlleistungen ihre Zeit als Ministerin. **Martin Bursík**, Parteichef der Grünen, stand zusammen mit der Parteispitze stets hinter Kuchtová. Die Wahl Soukups stieß aber auch in der eigenen Partei auf Widerstand.



Mit dem Rücktritt der Ministerin wären Koalition und Regierung nicht gefährdet, hieß es aus Regierungskreisen.

Am 7. Oktober einigten sich die Grünen nach langen Verhandlungen auf einen Nachfolger: **Dušan Lužný**, Dozent am Institut der Religionswissenschaften der Masaryk-Universität in Brünn, wurde von der Ex-Ministerin vorgeschlagen und nach langen Verhandlungen auch von der Partei der Grünen akzeptiert. Nun fehlt noch die Zustimmung der Koalitionspartner.



Historischer Besuch



Am 12. September besuchte Bayerns Innenminister und Ministerpräsident **Günther Beckstein** (CSU) Prag. Der Nachfolger Stoibers traf mit Innenminister Ivan Langer,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TSCHECHIEN

DR. STEFAN GEHROLD

23. Oktober 2007

www.kas.de

www.kas.de/prag

Premier Mirek Topolanek und Außenminister Karel Schwarzenberg zusammen. Dabei wurden Themen wie die Beziehungen zu den Sudetendeutschen, die Öffnung des Schengen-Raums sowie die Frage der Freigabe des deutschen Arbeitsmarktes diskutiert.

Der inzwischen zum bayrischen Ministerpräsidenten gewählte Beckstein sprach dabei über offene Wunden, die es auf beiden Seiten gibt. „Diese offenen Wunden dürfen nicht dazu dienen, dass man in irgendeiner Weise die Gegensätze vertieft, sondern wir müssen sehen, dass wir diese schwierigen Teile verarbeiten, um auf dieser Basis zu einer echten Versöhnung zu kommen. Vielleicht war auch dieser Besuch ein winziger Schritt dazu, die Brücken dauerhaft zu bauen und die Geschichte zu verarbeiten.“ Tschechiens Ministerpräsident Topolanek wies die Kritik zurück und erwiderte, er und seine Regierung wollen sich auf die Zukunft



konzentrieren. Außenminister **Karel Schwarzenberg** sagte, dass für die Bewältigung der Geschichte für Tschechien die deutsch-tschechische Erklärung ausschlaggebend ist. Diese formuliert, dass beide Seiten den gemeinsamen Willen haben, die bilateralen Beziehungen freundschaftlich zu gestalten.

Beckstein besuchte auch das Sudetendeutsche Büro in Prag. Der Bundsvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, glaubt: „Mit dem Besuch dieses Büros verdeutlicht der Innenminister seine Entschlossenheit, die sudetendeutsche Sache zu vertreten.“

In Hinblick auf den Beitritt Tschechiens zum Schengen-Raum mit Beginn kommenden Jahres merkte Beckstein an: „Ziel muss sein, dass die Kriminalität nicht steigt und die Aufklärungsquote von Verbrechen nicht sinkt, auch wenn die Grenzkontrollen wegfallen.“

In der Frage nach einer vorzeitigen Freigabe des deutschen Arbeitsmarktes machte Beckstein seinen tschechischen Gastgebern

hingegen wenig Mut. Dies sei vor allem wegen der im Osten Deutschlands herrschenden Arbeitslosigkeit schwer vorstellbar.

Edmund Stoiber hatte die damalige Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) im Juli 1983 besucht, war aber als Ministerpräsident nie offiziell in Tschechien. Ein solcher offizieller Besuch liegt bereits über 15 Jahre zurück. Nicht zuletzt deshalb hatte Becksteins Besuch einen hohen symbolischen Wert und eröffnete ein neues Kapitel in den Beziehungen.